BOYKOTTBEWEGUNGEN GEGEN ISRAEL

WIDERSPRUCH MIT INFORMATIONEN UND ARGUMENTEN

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

AUFTRAGGEBER:
Deutsch-Israelische Gesellschaft
Berlin, November 2016

RECHTE:
Nachdruck und Verwendung, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher und schriftlicher Genehmigung der DIG.

REDAKTION:
Michael Spaney
Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,
AG Berlin und Potsdam
Executive Director des Mideast Freedom Forum Berlin

Die Autoren verantworten den Inhalt ihres jeweiligen Textes.

Diese Broschüre können Sie bestellen unter: info@digev.de

INHALTSVERZEICHNIS

4 VORWORT
MICHAEL SPANEY

6 ZUR GESCHICHTE DER BDS-BEWEGUNG HINTERGRÜNDE, INITIATOREN, FINANZIERUNG
ALEX FEUERHERDT

12 ZUM STAND DER ISRAEL-BOYKOTTKAMPAGNEN IN DEUTSCHLAND
SEBASTIAN MOHR

18 DIE WURZELN DES ARABISCHEN BOYKOTTS GEGEN ISRAEL
ULRIKE BECKER

21 BRITISCHE UND AMERIKANISCHE UNIVERSITÄTEN ALS HOCHBURGEN DER BDS-BEWEGUNG
ALEX FEUERHERDT

26 INSTRUMENTALISIERT DIE EU DEN VERBRAUCHERSCHUTZ GEGEN ISRAEL?
NATHAN GELBART &
DR. EVA GHAZARI-ARNDT

VORWORT
VON MICHAEL SPANEY

Liebe Leserinnen und Leser,

Diese DIG-Broschüre soll Ihnen dabei helfen, die Boykottbewegung gegen Israel zu verstehen und ihr etwas entgegenzusetzen.

Ein Boykott gegen den jüdischen Staat - das ruft gerade in Deutschland Erinnerungen an den Boykott der Nationalsozialisten gegen jüdische Geschäfte hervor, und an antisemitische Gewalt gegen Jüdinnen und Juden.

Der Boykott Israels kommt im 21. Jahrhundert jedoch in der Sprache der Menschenrechte daher. Israel soll den Palästinensern das „Selbstbestimmungsrecht" zugestehen. Die „Besatzung" arabischen Landes soll beendet, die „Mauer" abgerissen und das „Rückkehrrecht" palästinensisch-arabischer Flüchtlinge ins israelische Kernland ermöglicht werden. Um diese Ziele zu erreichen, ruft die Bewegung zu Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel auf.[1] Das Akronym BDS steht für „Boycott, Divestment and Sanctions".

Michael Spaney, Vorstand DIG Berlin und Potsdam

Das klingt erst einmal gewaltfrei. Die BDS-Bewegung distanziert sich aber keineswegs von der Gewalt terroristischer Gruppen wie Hamas und Hisbollah und bleibt deshalb anschlussfähig für islamistische und andere Gewalttäter. Klargestellt wird auch nicht, welches arabisches Land als besetzt angesehen wird. Die Westbank oder Gesamtisrael? Es wird bewusst offen gelassen, ob Israel in den Grenzen von 1949 oder nach den Eroberungen im Sechs-Tage-Krieg 1967 gemeint ist. BDS möchte anscheinend anschlussfähig sein für extremistische Kreise der Hamas und der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas), beides von der EU gelistete Terrororganisationen. Alle, die das Existenzrecht Israels leugnen, oder Israel sogar gewaltsam auslöschen wollen, sollen mitmachen beim Boykott.

Und das Rückkehrrecht von bis zu 5 Millionen Palästinensern nach Israel bedeutet ebenso die Auslöschung des jüdischen Staates Israels, und nicht eine Zweistaatenlösung. Diese würde eine Rückkehr in den zu entstehenden Staat Palästina, also in die Westbank und nach Gaza, erfordern. Nicht nach Israel, wo dann eine arabische Mehrheit die Folge wäre, also das Ende der Idee einer jüdischen Mehrheit, deren Staat Juden vor Verfolgung schützen kann. Es ist ein logischer Widerspruch, einen palästinensischen Nationalstaat zu fordern und gleichzeitig am Rückkehrrecht ins israelische Kernland festzuhalten. Man will mit der Forderung nach einer palästinensischen Selbstbestimmung die jüdische Selbstbestimmung auslöschen, wenn man sowohl auf Rückkehrrecht als auch auf einem palästinensischen Staat besteht.

Die Geschichte hat bewiesen, dass nur ein jüdischer Staat Schutz vor Antisemitismus bietet, auch wenn dieser Staat nur 14 Kilometer an der schmalsten Stelle breit ist. Es ist das Existenzrecht Israels, auf das die BDS-Bewegung wirklich zielt mit dem Inhalt des oben zitierten Aufrufs von 2005. BDS richtet sich gegen den jüdischen Staat und damit gegen die größte jüdische Gemeinschaft der Welt: Sie soll zerstört werden. Die Ziele der BDS-Bewegung sind also als antisemitisch zu bezeichnen.

Auch die anderen Forderungen zielen auf das Ende des Schutzes der Israelis vor Gewalt. So die Forderung nach dem Abriss der „Mauer". Gemeint ist die Sicherheitsbarriere, die größtenteils ein Zaun ist und nur zu einem kleinen Teil eine Mauer. Diese Sicherheitsbarriere hat den Terror der Zweiten Intifada ab 2003 verringert und schließlich beendet, dem bis 2005 mehr als Tausend jüdische und arabische Israelis zum Opfer fielen. Das Oberste Gericht Israels hat den Verlauf der Mauer auch einige Male korrigiert, um nicht tragbare Gebietsverluste für Palästinenser zu vermeiden.

Aber das sind Fakten, mit denen es die BDS-Bewegung ohnehin nicht sehr genau nimmt. Genauso wie Begrifflichkeiten, die nur zur dämonisierenden Anklage dienen sollen. Die BDS-Bewegung bedient sich einer Sprache, die den Staat Israel diskreditieren und delegitimieren soll. So zum Beispiel, wenn Israel als Apartheidstaat bezeichnet wird. Der Begriff „Apartheid", der die rassistisch motivierte Rassentrennung in Südafrika vor 1994 beschreibt, steht jedoch in einem starken Kontrast zur Situation der arabischen Minderheit in Israel, die seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1948 zumindest juristisch

1 BDS-Aufruf von 2005 auf der deutschen Website der Bewegung; zuletzt aufgerufen am 10.11.2016, http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/

gleichgestellt ist, auch wenn es zugegebener Weise, zu Fällen von Diskriminierung kommt. Gleichzeitig wird damit die Situation der im früheren Südafrika als „rassisch“ minderwertig ausgegrenzten und gequälten Schwarzen verharmlost. Selbst Palästinenser im Westjordanland können den Obersten Gerichtshof in Israel anrufen. Arabische Staatsbürger in Israel haben prinzipiell dieselben Rechte wie jüdische Israelis. Der absurde und sinnwidrige Vorwurf zeugt eher von der politischen Unvernunft derer, die ihn erheben. Wer Israel als Apartheidstaat bezeichnet, hat von Politik- und Geschichtswissenschaft wie auch von Rechtsbelangen wenig Ahnung und macht dies aus unlauteren Motiven.

Diese Broschüre versteht sich sowohl als Aufklärungsinstrument wie als Hilfestellung, wie man der BDS-Bewegung wirksam entgegentreten kann. Der Journalist Alex Feuerherdt erläutert für Sie ab Seite 6 die Hintergründe und die Geschichte der BDS-Bewegung. Bisher sind die Versuche von BDS, in Deutschland Fuß zu fassen, noch nicht von großem Erfolg geprägt, auch wenn verstärkte Anläufe in jüngerer Zeit zu verzeichnen sind. Wie BDS-Aktivitäten zum Beispiel in Berlin, München und Bremen aussehen, macht Ihnen Sebastian Mohr anschaulich ab Seite 12.

Wie effektiv der Boykott vor allem im akademischen Bereich in Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist, finden Sie ab Seite 21 in Alex Feuerherdts zweitem Text für diese Broschüre.

Die Historikerin Ulrike Becker gibt Einblicke in die Geschichte des arabischen Boykotts ab Seite 18 und zeigt damit, dass die BDS-Bewegung an die Versuche der arabischen Staaten anknüpft, den Staat Israel nicht nur kriegerisch, sondern auch mit Mitteln des ökonomischen Boykotts zu zerstören. Ein erstes Ziel der arabischen Boykottbemühungen in der Nachkriegszeit waren die von Westdeutschland an Israel gezahlten Entschädigungszahlungen. Dabei halfen deutsche Nazis arabischen Politikern, eine gemeinsame Kampagne gegen diese Zahlungen zu organisieren.

Dass BDS-Aktivismus auch Erfolge in Brüssel bei der Europäischen Union feiert, können Sie ab Seite 26 bei Norman Nathan Gelbart und Dr. Eva Ghazari-Arndt nachlesen. Eine Kennzeichnungspflicht für israelische Waren aus den Gebieten wird von der EU scheinheilig als Verbraucherschutz deklariert und verschleiert, dass lediglich Druck auf Israel ausgeübt werden soll. Dabei zeigen die Autoren, dass die Bestimmungen der EU den Verbraucher in die Irre führen und keineswegs verpflichtend sind. Denn es könnte bis zu einer gerichtlichen Klärung Händlern wie Importeuren weiterhin freigestellt sein, Waren aus den jüdischen Siedlungen schlicht mit „Made in Israel“ zu kennzeichnen.

Ich hoffe, Sie fühlen sich nach der Lektüre dieser Broschüre gewappnet für die Auseinandersetzung mit BDS-Befürwortern in Ihrem Umfeld. Organisieren Sie Proteste, wenn Sie bemerken, dass BDS-Gruppen auch in Ihrer Stadt versuchen, Fuß zu fassen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es wichtig ist, frühzeitig gegen antiisraelische Aktivitäten vorzugehen, bevor sich eine Unterstützerszene bilden kann.

Noch ist die BDS-Bewegung hierzulande nicht sehr stark. Wir dürfen uns aber nicht darauf verlassen, dass das Tabu, offen antisemitisch aufzutreten, widerspruchslos weiter besteht. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie schnell autoritäre Bewegungen entstehen und wachsen können, die auf Desinformation, Lüge und Hetze aufbauen. Mit dieser Broschüre möchten wir dazu beitragen, dass sich mit BDS kein „neuer“ Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft ausbreiten und junge Menschen prägen kann, wie dies an amerikanischen Colleges und britischen Universitäten anscheinend partiell gelingt. Noch erinnert das „Boykottiert Israel“ der BDS-Bewegung an „Kauft nicht beim Juden“. Sorgen wir dafür, dass dieses Tabu wirksam bleibt und Antisemitismus keine Chance hat.

November 2016

ZUR GESCHICHTE DER BDS-BEWEGUNG HINTERGRÜNDE, INITIATOREN, FINANZIERUNG

VON ALEX FEUERHERDT

Auf der „Weltkonferenz gegen Rassismus“ 2001 im südafrikanischen Durban wurde die Strategie ins Leben gerufen, die fortan der BDS-Kampagne ab 2005 als Vorbild dienen sollte: Mit dem vermeintlichen Bezug auf Menschenrechte sollte die Denunziation Israels als „Apartheidregime“ ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Alex Feuerherdt stellt diesen Ursprung und die Hintergründe des Boykotts gegen Israel dar und erläutert die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in diesem Kontext, deren Boykottkampagnen durch europäische und deutsche Geldgeber unterstützt werden.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die BDS-Bewegung als den derzeit weltweit bekanntesten, aktivsten und bestvernetzten antiisraelischen Zusammenschluss bezeichnet. Formal im Juli 2005 von rund 170 palästinensischen Organisationen gegründet, hat sie seitdem zahlreiche Unterstützer gefunden, auch prominente wie etwa den südafrikanischen Erzbischof Desmond Tutu, den britischen Filmregisseur Ken Loach, die amerikanische Philosophin Judith Butler oder den früheren Frontsänger von Pink Floyd, Roger Waters. Diese Bewegung, die Israel für einen „Apartheidstaat“ wie ehedem Südafrika hält, ruft zu einem umfassenden wirtschaftlichen, politischen, akademischen und künstlerischen Boykott Israels sowie zu einem Kapitalabzug, Embargos und Zwangsmaßnahmen auf. Ihre Führungs- und gleichzeitig Symbolfigur ist der Palästinenser Omar Barghouti, der zwar selbst an der Universität Tel Aviv studiert, den jüdischen Staat gleichwohl der „Apartheid“ bezichtigt, ihm „Nazi-Praktiken“ sowie „ethnische Säuberungen“ vorwirft, eine Zweistaatenlösung kategorisch ablehnt und jeglichen Dialog mit Israelis für „unmoralisch“ und „gefährlich“ hält.

Die Aktivisten und Unterstützer der BDS-Bewegung treten regelmäßig mit plakativen Aktionen in Erscheinung. So findet beispielsweise jedes Jahr in über 50 Städten in den USA, Kanada, Großbritannien, Südafrika und weiteren Ländern eine sogenannte „Israeli Apartheid Week“ mit einer Reihe von israelfeindlichen Kundgebungen und Universitätsveranstaltungen statt. Auch abseits dieser Veranstaltungswoche sind die BDS-Aktivisten besonders an amerikanischen und britischen Hochschule ausgesprochen präsent. Sie fordern in aggressiver Manier ein Ende der Zusammenarbeit ihrer jeweiligen Universität mit israelischen Einrichtungen, sie versuchen, Veranstaltungen mit israelischen Wissenschaftlern zu verhindern, und wenn ihnen das nicht gelingt, stören sie die Vorlesungen massiv. Die größte britische Akademikergewerkschaft University and College Union (UCU) stimmte im Jahr 2010 auf ihrer Hauptversammlung sogar für einen Abbruch der Beziehungen mit der Histadrut, dem Dachverband der Gewerkschaften Israels, weil diese im Januar 2009 den, wie es hieß, „israelischen Angriff auf Zivilisten in Gaza“ unterstützt habe und daher den Namen einer Gewerkschaftsorganisation nicht verdiene. Bereits im Mai 2007 hatte sich die UCU auf einen Boykott akademischer israelischer Einrichtungen verständigt.

Auch im künstlerischen Bereich ist die BDS-Bewegung ausgesprochen umtriebig – und aus ihrer Sicht oft erfolgreich: Nicht nur der erwähnte Roger Waters, sondern auch andere Musiker wie Elvis Costello und Brian Eno sagten ihre Konzerte in Israel ab oder riefen dazu auf, keine Konzerte in Israel zu geben. Die amerikanische Schriftstellerin Alice Walker weigerte sich sogar, ihr preisgekröntes Buch „The Color Purple“ („Die Farbe Lila“) ins Hebräische übersetzen zu lassen. Musiker, die sich dem Boykottaufruf widersetzen und im jüdischen Staat auftreten – wie beispielsweise Carlos Santana und Joss Stone –, werden von der BDS-Bewegung massiv unter Druck gesetzt, beispielsweise mit großen Online-Kampagnen, wütenden Aufrufen und sogar mit Protestdemonstrationen im Zuge ihrer Konzerte.

BDS als Bestandteil des Kampfes gegen Israels Existenz

Wer nicht ausdrücklich die Ziele der BDS-Bewegung teilt, wird als politischer Gegner betrachtet. Folgt man den Verlautbarungen der BDS-Bewegung, dann sollen alle diese Aktivitäten dazu beitragen, dass Israel die „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet“ und „die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren“, „respektiert, schützt und fördert“. Das mag zwar humanistisch klingen, aber bei näherem Hinsehen bleibt davon nichts übrig. Dass die Bewegung beispielsweise offenlässt, wie viel „arabisches Land“ sie für besetzt und kolonisiert hält – nur die Westbank oder womöglich doch ganz Israel –, ist kein Zufall, sondern eine ganz bewusste Entscheidung. Denn auf diese Weise können sich ihr diejenigen, die offiziell eine Zweistaatenlösung befürworten, genauso anschließen wie jene, die „ganz Palästina befreien“, das heißt: eine Kein-Staat-Israel-Lösung wollen. Letztere – zu denen auch die BDS-Führungs-

BDS-Demonstration in Berlin

figur Omar Barghouti gehört – sind jedoch nicht nur eindeutig in der Mehrheit, es gibt auch keinerlei Streit in der BDS-Bewegung über diese Frage. Die Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“, die nicht weniger beinhaltet als die Forderung nach einer Vernichtung des jüdischen Staates, gehört bei jeder BDS-Aktion fest zum Repertoire.

Und dass auf dem vermeintlichen Rückkehrrecht der palästinensischen „Flüchtlinge“ beharrt wird, hat außer ideologischen Gründen auch ganz konkrete strategische: Angesichts der Tatsache, dass die Palästinenser weltweit die einzige Bevölkerungsgruppe sind, bei der sich der Flüchtlingsstatus vererbt, und die Zahl der Flüchtlinge dadurch von anfänglich etwa 700.000 auf mittlerweile über fünf Millionen Menschen angewachsen ist (von denen der weitaus größte Teil ja nie in Israel gelebt hat), würde eine „Rückkehr“ dieser Menschen die Juden in Israel zu einer Minderheit machen, die dann wieder einmal der Mehrheit ausgeliefert wäre. Aus diesen Gründen ist sogar der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein – sonst selbst ein glühender „Antizionist“ – mit scharfen Worten auf Distanz zur BDS-Bewegung gegangen. Im Februar 2012 sagte er in einem Interview: „Die BDS-Aktivisten sprechen von einem dreistufigen Plan: Wir wollen ein Ende der Besatzung, das Recht auf Rückkehr und die gleichen Rechte für Araber in Israel. Sie glauben, besonders schlau zu sein. Aber man weiß, was das Ergebnis davon sein wird: Es wird kein Israel mehr geben.“

Dass die Bewegung offenlässt, wie viel „arabisches Land“ sie für besetzt und kolonialisiert hält, ist kein Zufall.

Die BDS-Kampagnen sind letztlich ein fester Bestandteil des Kampfes gegen den jüdischen Staat, der an verschiedenen Fronten und mit verschiedenen Waffen geführt wird: mit Attentaten, Bomben und Raketen im Nahen Osten, mit Boykottaktivitäten und anderen Delegitimierungskampagnen in Europa und Nordamerika. Die „Antizionisten“ teilen sich gewissermaßen die Arbeit, um den militärisch bislang überlegenen Gegner zu Fall zu bringen: Während die einen Israel mit physischer Gewalt zuleibe rücken, treiben die anderen unter missbräuchlicher Berufung auf die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht dessen internationale Dämonisierung und Delegitimierung voran. Nun behaupten BDS-Aktivisten oft, ihre Bewegung sei gewaltlos und werde von der palästinensischen Zivilgesellschaft respektive von palästinensischen Graswurzelgruppen getragen. Doch das stimmt nicht, wie beispielsweise schon die Tatsache zeigt, dass auch die Palestinian National and Islamic Forces dem nationalen palästinensischen BDS-Komitee angehören – ein während der zweiten „Intifada“ gegründeter Zusammenschluss palästinensischer Parteien und Vereinigungen, zu dem auch Terrororganisationen wie die Hamas und die PFLP zählen.

Auch die Behauptung, der BDS-Bewegung gehe es um das Wohl der Palästinenser, lässt sich nicht halten – was sich bereits daran zeigt, dass kaum einer der BDS-Aktivisten je gegen die nahezu völlige Entrechtung der Palästinenser im Libanon oder gegen die regelmäßigen Gemetzel zwischen der Hamas und der Fatah seine Stimme erhoben hat. Gewalt gegen Palästi-

Die moderne Version von „Kauft nicht beim Juden“?

nenser, die nicht von Israel ausgeübt wird, ist schlicht und ergreifend kein Thema für sie. Noch weniger Empathie bringen sie nur dem jüdischen Staat und seinen Bürgern entgegen: Niemals gab es von ihnen Protest gegen die Raketenangriffe der Hamas und der Hisbollah auf Israel. Niemals haben sie sich gegen die antisemitischen Hasstiraden iranischer Präsidenten gewandt oder vor den Atomplänen Teherans gewarnt. Niemals hat es den Aufruf von ihnen gegeben, auf den Kauf iranischer Produkte zu verzichten, oder die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für iranische Erzeugnisse. Schon deshalb liegt es auf der Hand, dass sich die BDS-Bewegung mitnichten „nur“ gegen die israelische „Besatzung“ richtet. Sondern dass, was früher „Kauft nicht beim Juden“ hieß, heute de facto zur Parole „Kauft nicht beim Judenstaat“ mutiert ist.

There's no Business like NGO Business

Die BDS-Bewegung – die nicht nur von prominenten Einzelpersonen, sondern vor allem von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) getragen wird – hat dabei eine Vorgeschichte, die wesentlich mit der berüchtigten „Weltkonferenz gegen Rassismus“ zusammenhängt, die von den Vereinten Nationen im August und September 2001 im südafrikanischen Durban veranstaltet wurde. Eine große Mehrheit der Teilnehmerstaaten verwandelte diese Konferenz seinerzeit in ein regelrechtes Tribunal gegen Israel, das als Inbegriff und Ausgeburt des Rassismus und des Kolonialismus an den Pranger gestellt wurde. Noch drastischer ging es im parallel tagenden NGO-Forum zu, an dem mehr als 1.500 Nichtregierungsorganisationen teilnahmen. In der Schlusserklärung dieses Forums wurde der jüdische Staat bezichtigt, ein „Apartheidregime“ zu sein und „ethnische Säuberungen“ zum Nachteil der Palästinenser zu verüben; zudem wurden Boykotte, Sanktionen und eine diplomatische Isolierung Israels gefordert. Auf dem Konferenzgelände verteilten palästinensische NGOs Kopien der „Protokolle der Weisen von Zion“ und andere antisemitische Pamphlete. Mehrfach wurden jüdische Teilnehmer des NGO-Forums verbal und körperlich angegriffen.

Das Abschlussdokument des Forums wurde in den folgenden Jahren mehr und mehr zu einem Aktionsplan für antiisraelische NGOs. Es war die Grundlage für künftige NGO-Kampagnen, in denen Israel als das neue Südafrika dargestellt wurde, und damit auch für die BDS-Bewegung. Die „Durban-Strategie“ war geboren: Mit Hilfe einer menschenrechtlich verbrämten Rhetorik, unter Berufung auf fragwürdige „Zeugenaussagen“ angeblicher Opfer und unter Ausblendung des palästinensischen Terrors sollte der jüdische Staat künftig dämonisiert und delegitimiert werden. Frühe Beispiele für solche Kampagnen sind der Versuch, den Einsatz der israelischen Armee in Jenin im Jahr 2002 als „Massaker an der Zivilbevölkerung“ darzustellen,

der konzertierte Aufruf zu einem akademischen Boykott Israels an britischen Universitäten im Jahr 2005 und die Vielzahl an Erklärungen, in denen während des Libanonkrieges im Sommer 2006 der israelischen Armee Kriegsverbrechen sowie Verstöße gegen das Völkerrecht vorgeworfen wurden, bei gleichzeitiger Verharmlosung der Terrorangriffe der Hisbollah.
Im November 2012 rief eine Koalition aus 22 NGOs – darunter große wie Medico International, Pax Christi und die Diakonie – zu einem Boykott israelischer Waren auf. Und Human Rights Watch schreckt nicht einmal vor einer Sammlung von Spendengeldern in Saudi-Arabien zurück, wenn es um den „Kampf gegen pro-israelische Lobbygruppen" geht.

Auch die enge Zusammenarbeit mit der „Goldstone-Kommission" des notorischen UN-Menschenrechtsrats – der dermaßen obsessiv auf Israel fixiert ist, dass er seit seiner Gründung den jüdischen Staat häufiger verurteilt hat als alle anderen Staaten der Welt zusammen – wäre hier zu nennen: Der Bericht dieses Gremiums, in dem Israel schwerster Menschenrechtsverletzungen während der Militärschläge gegen die Hamas Ende 2008, Anfang 2009 bezichtigt wird, stützt sich in wesentlichen Teilen auf höchst zweifelhafte, nicht überprüfte „Expertisen" antiisraelischer NGOs, die einfach übernommen wurden. Erklärlich wird das, wenn man weiß, dass einige Mitglieder der Kommission selbst jahrelang in NGOs oder deren Umfeld aktiv waren, die Israel wenig wohlgesinnt sind. Dazu gehörten beispielsweise der Kommissionsvorsitzende Richard Goldstone selbst, der für Human Rights Watch tätig war, und Christine Chinkin, eine frühere Beraterin von Amnesty International.

Sie hatten sich, wie auch ihre Kommissionskollegen Hina Jilani und Desmond Travers, an Protesten gegen den Gaza-Krieg beteiligt und Israel dabei unterstellt, gezielt die palästinensische Zivilbevölkerung unter Beschuss zu nehmen und andere Kriegsverbrechen zu begehen. Das heißt, sie hatten ihr Urteil bereits gefällt, bevor sie im Auftrag der Uno das Kriegsgeschehen untersuchten. Entsprechend fiel ihr Abschlussbericht dann auch aus. Richard Goldstone selbst distanzierte sich übrigens im April 2011 von seinem eigenen Urteil. In einem Gastbeitrag für die Washington Post schrieb er: *„Wenn ich gewusst hätte, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht ein anderes Dokument geworden."* Neuere Untersuchungen, die auch von einer nachfolgenden UN-Kommission bestätigt worden seien, ließen erkennen, so Goldstone, „dass Zivilisten nicht absichtlich zum Ziel" israelischer Angriffe gemacht worden seien.

Einige Mitglieder der Goldstone-Kommission, die selbst jahrelang in NGOs oder deren Umfeld aktiv waren, sind Israel wenig wohlgesinnt.

Ungeachtet dieser späten Distanzierung zeigt sich an der Goldstone-Kommission sehr deutlich, wie eng mittlerweile die Bande zwischen der Uno, insbesondere ihrem Menschenrechtsrat, und den NGOs ist, von denen nicht wenige auch Teil der BDS-Bewegung sind. Anders als noch in Durban 2001 ist es inzwischen gar nicht mehr nötig, dass die NGOs parallel zu großen Konferenzen der Vereinten Nationen tagen, denn sie haben Teile ihres Personals in UN-Einrichtungen untergebracht und nehmen wesentlichen Einfluss auf deren Politik – zulasten Israels. Verurteilungen des jüdischen Staates durch die Vereinten Nationen tragen dann wiederum zu seiner Dämonisierung und Delegitimierung bei.

Das Geld kommt auch aus Deutschland und Europa

Finanzielle Unterstützung erhalten etliche Nichtregierungsorganisationen – darunter auch solche, die sich mit der BDS-Bewegung gemein machen – nicht zuletzt von europäischen Regierungen oder staatlichen Einrichtungen. Auch aus Deutschland fließen die Gelder, beispielsweise aus den Budgets der Parteistiftungen. So kooperiert etwa die Rosa-Luxemburg-Stiftung eng mit der israelischen NGO Zochrot, der es ein Anliegen ist, den palästinensischen Mythos von der sogenannten „Nakba" zu pflegen. Mit diesem Begriff, der übersetzt „Katastrophe" bedeutet, wird im arabischen Raum die israelische Staatsgründung bezeichnet, die man dort bekanntlich für illegitim hält. Außerdem schließt sich Zochrot der Forderung nach einem „Rückkehrrecht" für die palästinensischen „Flüchtlinge" an und bezichtigt die israelische Armee „ethnischer Säuberungen".

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt unter anderem die palästinensische NGO Miftah, die Israel „Massaker", einen „kulturellen Genozid", „Kriegsverbrechen" und „Apartheid" vorwirft und auf ihrer Website auch schon mal antisemitische Verschwö-

Polizei geht gegen Berliner Boykottaktion vor

rungstheorien verbreitet. So veröffentlichte Miftah im Jahr 2013 einen Artikel, in dem behauptet wurde, das Blutgerücht, wonach Juden christliche Kinder ermorden, um mit ihrem Blut ihre Pessah-Matzen zu backen, sei wahr. Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet mit der Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (Passia) zusammen, die sich an antiisraelischen Boykottaktivitäten beteiligt und Israel vorwirft, ein Apartheidstaat zu sein.

Auch die kirchlichen Einrichtungen mischen kräftig mit: Brot für die Welt etwa fordert eine Kennzeichnung von israelischen Waren, die in Siedlungsgebieten produziert werden, und arbeitet mit NGOs wie den Physicians for Human Rights zusammen, die israelischen Ärzten „Misshandlung und Folter von Palästinensern“ vorwerfen, sowie mit der Coalition of Women for Peace, einer der führenden Organisationen in der BDS-Kampagne. Die katholische Organisation Misereor unterstützt unter anderem die palästinensische NGO Society of St. Yves, die an „Nakba“-Kampagnen sowie an Kampagnen für das „Rückkehrrecht“ der palästinensischen „Flüchtlinge“ beteiligt ist.

Längst hat sich ein regelrechtes Hilfsbusiness entwickelt, das sich vom sogenannten Nahostkonflikt buchstäblich nährt. Viele Mitarbeiter von NGOs wären arbeitslos, wenn es ihn nicht mehr gäbe, denn ein Ende von Krieg und Krise im Nahen Osten würde ihre Tätigkeit schlichtweg überflüssig machen. Insofern liegt es nicht fern, dass sie neben dem ideologischen auch ein handfestes materielles Interesse daran haben, die Zustände, die sie vordergründig kritisieren, zu perpetuieren und sich dabei scheinbar auf der Seite der Entrechteten und Unterdrückten – der Palästinenser nämlich – zu positionieren.

Teil des antisemitischen Ziels

In seinem Buch „Allein unter Juden“ kritisiert der amerikanisch-israelische Publizist Tuvia Tenenbom die Arbeit der Nahost-NGOs und ihre Unterstützung aus Europa scharf. Er sei bei seinen Recherchen auf viele Vereinigungen gestoßen, die angeblich die Durchsetzung der Menschenrechte und den Frieden zum Ziel haben. Sie widmeten sich, so Tenenbom, „in Wahrheit aber der Zerstörung des Staates Israel und der Delegitimierung seiner jüdischen Bürger“. Die europäischen NGO-Aktivisten, so Tenenbom, reisten dabei „Tausende von Kilometern, um den Juden zu erwischen – wo immer sie ihn finden“. Sie verstünden sich „als rechtschaffene Leute“, seien aber „in Wirklichkeit Menschen, die an einem Überlegenheitsgefühl kranken, und ihr Judenhass ist unerträglich“.

Damit hat Tenenbom auf den Punkt gebracht, was die antiisraelischen Kampagnen wie die der BDS-Bewegung kennzeichnet: Der vermeintliche Einsatz der Aktivisten für Frieden, Freiheit und Humanität ist nichts als ein rhetorischer Kniff, um die Feindschaft gegen Juden im Allgemeinen und gegen den jüdischen Staat im Besonderen zu bemänteln. Die Boykottkampagnen, die Apartheidvergleiche, die drastischen Verurteilungen, die völlig einseitigen Berichte – all das geschieht mit dem Ziel, Israel zu verteufeln und als Unrechtsstaat darzustellen, der keine Existenzberechtigung hat. Die Palästinenser sind dabei nur ein Mittel zum Zweck.

Wäre es den Aktivisten um deren Wohlergehen zu tun, dann müssten sie sowohl die islamistische, antisemitische Hamas (und andere palästinensische Terrorbanden wie den Islamischen Dschihad) als auch die korrupte und nicht weniger judenfeindliche Fatah einer kompromisslosen Kritik unterziehen und deutlich machen, dass sie es sind, die den Palästinen-

sern die Freiheit nehmen und die Menschenrechte täglich mit Füßen treten. Dass das nicht geschieht, zeigt deutlich, worum es bei den Kampagnen gegen den jüdischen Staat eigentlich geht. Der russische Historiker Léon Poliakov hat einmal geschrieben, Israel werde gewissermaßen als „der Jude unter den Staaten“ behandelt. In diesem Diktum wird zweierlei deutlich: zum einen die Aussonderung, durch die Israel zum Pariastaat gemacht wird, zum anderen die Transformation des Antisemitismus vom individuellen Juden auf den jüdischen Staat als Kollektivsubjekt. Es geht der BDS-Bewegung dann auch nicht darum, was Israel tut oder lässt, sondern darum, dass es überhaupt existiert. Die radikalen BDS-Kräfte sehen ganz Israel als besetztes arabisch-palästinensisches Land an, also keineswegs nur die Siedlungen, und die vermeintlich weniger radikalen Kräfte widersprechen deren Vorstellung von einem Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer nicht – was ihre großmütige Beteuerung, das Existenzrecht Israels nicht infrage zu stellen, als hohle Phrase entlarvt.

Die Flüchtlinge sind nur ein Faustpfand, und was das Thema Krieg betrifft, läuft alles stets darauf hinaus, dass Israel sich angeblich *immer* unverhältnismäßig verhält, sich also am liebsten gar nicht verteidigen soll. Die Boykotte dienen insoweit auch nicht den Palästinensern, sondern sie richten sich per Selbstzweck gegen Israel. Sie sind also kein Mittel – sondern bereits ein Teil des antisemitischen Ziels.

Demonstration gegen Pinkwashing

ZUM STAND DER ISRAEL-BOYKOTTKAMPAGNEN IN DEUTSCHLAND

VON SEBASTIAN MOHR

Seit 2009 versucht die BDS-Bewegung auch verstärkt in Deutschland zu agieren. Noch mit geringem Erfolg. Das Unterstützerumfeld ist jedoch vielfältig und reicht bis in städtische Einrichtungen, Kirchen und zivilgesellschaftliche Organisationen hinein. Der Politikwissenschaftler Sebastian Mohr erklärt, welche weiteren Städte in Deutschland aktuell betroffen sind und wie Gegenproteste organisiert werden. Er legt nahe, dass die Durchschlagskraft der Israel-Boykottkampagne in Deutschland, durch gezielte Proteste, die Verweigerung von öffentlichen Versammlungsräumen und durch genaue Beobachtung der Szene auch weiterhin eingehegt werden kann.

Die Boykottbewegung gegen Israel hat es weiterhin schwer in Deutschland Fuß zu fassen. Zu deutlich stehen sie im historischen Kontext der Parole „Deutsche, kauft nicht bei Juden", dem Leitgedanken der antisemitischen Boykottbestrebung im frühen Nationalsozialismus. Allerdings kam es in der Vergangenheit vereinzelt zu antisemitischen Boykottaufrufen, insbesondere unter dem Label „BDS". Das Akronym „BDS" steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen und fordert einen umfassenden Boykott Israels auf allen Ebenen. Das Absagen kultureller Veranstaltungen, der Boykott israelischer Produkte und die Unterbindung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und akademischer Kooperationen mit Israel waren und sind selbst erklärte Ziele dieser Boykottkampagne. Ihr zentraler Referenzpunkt ist der im Juli 2005 erfolgte „Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu BDS". Die dort festgeschriebenen zentralen Forderungen bedrohen in ihrer Konsequenz die Existenz des Staates Israels. Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland (BRD) verurteilten daher Boykottaufrufe gegen den Staat Israel. Diese Verurteilungen erfolgten insbesondere dann, wenn vereinzelte Parteimitglieder diese unterstützten oder solche Aktivitäten in ihren Kommunen stattfanden. Beispielsweise verurteilten im Jahr 2011 in der Stadt Bremen SPD, CDU, Grüne und FDP in einer Erklärung mit dem Titel „Keine Boykottaufrufe gegen Israel in unserer Stadt" einen Boykottaufruf des Bremer Friedensforums. Einzig die Landessprecher der Partei DIE LINKE Bremens positionierten sich öffentlich gegen die Erklärung, wodurch anhand des Bremer Vorfalls exemplarisch die teils grundverschiedenen Positionierungen innerhalb der Partei DIE LINKE zu Boykottaufrufen gegen Israel illustriert wird. So heißt es dem gegenüber im Beschluss des Parteivorstandes vom November 2014: „Für uns als DIE LINKE in Deutschland verbieten sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte Boykottaufrufe gegen israelische Produkte", andererseits solidarisiert sich wiederum deren „Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost" mit wohlbekannten Akteuren der Boykott-Szene. Verstärkte Auseinandersetzungen zwischen Boykottbefürwortern und deren Widersachern in linkspolitischen Milieus waren es auch, die das Jahr 2016 mit Blick auf die Entwicklungen der Boykottkampagne vornehmlich ausmachte. Ein substanzielles Erstarken dieser Boykottkampagnen in Deutschland, wie es sich zum Beispiel in den USA, Großbritannien oder Südafrika bereits seit Jahren abzeichnet, ist momentan zwar unwahrscheinlich, trotzdem ist es notwendig präsent und informiert zu sein, um zukünftige Legitimierungsversuche von Israelboykotten konsequent entgegenzutreten.

Seit Beginn der 2010er Jahre inszenierten vor allem Gruppen und Initiativen verschiedene Aufrufe zum Israelboykott in der BRD, die sich dem Label „BDS" angeschlossen haben. So trat mit „BDS Berlin" im Herbst 2009 bundesweit eine Gruppe in Erscheinung, die antisemitische Boykottaufrufe unter dem Label „BDS" praktizierte. Bereits 2010 folgten ihr Ableger in weiteren deutschen Großstädten wie Bonn, Bremen, Hamburg, München und Hamburg. Lag ihr Schwerpunkt in der Gründungsphase auf Mobilisierungstätigkeiten anhand von Internetseiten und sozialen Netzwerken, so wurden vor dem Hintergrund der israelischen Militäroperation „Protective Edge" gegen die islamistische Hamas im Gaza-Streifen 2014, Israel-Boykottforderungen vermehrt in der deutschsprachigen Öffentlichkeit wahrgenommen.

Das Unterstützerumfeld der Boykotteure in Deutschland lässt sich vereinfacht in acht Gruppen aufteilen: palästinensische, arabische, islamistische, christliche, jüdische, anti-imperialistische, Menschenrechts- und Friedensgruppen sowie israelische Gruppen. Zentrale Aspekte ihrer politischen Agitationsarbeit machen (Protest-)Versammlungen, öffentliche Informationsveranstaltungen sowie das Initiieren von Protestbriefen und Petitionen aus. Dabei ist wichtig zu verstehen, dass Interessengemeinschaften des Israelboykotts wie zum Beispiel die „Freunde von Sabeel Deutschland" aus der Region Stuttgart oder der „Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel" ohne direkten namentlichen Bezug auf die Boykottbewegung oder das Label „BDS" in ihrem öffentlichen Auftreten auskommen und sie dennoch israelfeindliche Boykottaktivitäten initiieren oder diese in der Öffentlichkeit unterstützen.

Seit der kriegerischen Auseinandersetzung mit der Hamas im Sommer 2014 gelang es der Gruppe BDS Berlin bis Herbst 2016 fast monatlich mehrere Boykottaktionen durchzuführen und somit ihren politischen Aktionsspielraum in Berlin auszubauen. Sie gilt damit als die umtriebigste Israelboykott-Initiative, die unter dem Label „BDS“ in der BRD auftritt. Beständige Kooperationspartner der Gruppe BDS Berlin sind insbesondere die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, der „Arbeitskreis Nahost“, die „Deutsch-Palästinensische Gesellschaft“ sowie die linksradikale Gruppe „Direct Action Berlin“ (DAB). Aktivisten aus dem DAB Umfeld waren es auch, die im Oktober 2012 ein Berliner Konzert des renommierten israelischen Givatron-Chors im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten des KKL-Keren Kayemet LeIsrael für mehrere Minuten massiv unterbrachen. Sie skandierten bei ihrer Protestaktion lautstark „From the river to the sea – Palestine will be free“ und bezichtigten die israelische Umweltorganisation, den JNF / KKL, in einer im Nachhinein publizierten Stellungnahme, sie sei eines der „ältesten und effektivsten Instrumente zionistischer Apartheid und Unterdrückung in Palästina“. Diese Aktion war eine Zäsur zur damaligen Zeit ob ihrer aggressiven, einschüchternden Tendenz. Emphatisch beworben durch BDS Berlin.

Indessen ist es still um DAB geworden, jedoch trat Ende 2015 mit „F.O.R. Palestine“ eine nicht minder aggressiv und martialisch auftretende Gruppe in die Öffentlichkeit. Die Abkürzung F.O.R. steht für „For one State and Return (Für eine Einstaatenlösung und Rückkehr nach Palästina)“. Dieser linksradikalen Berliner Formation gelten Aufrufe zum Israelboykott als „liberale Strategie“, die es jedoch zu unterstützen gilt in ihrem Kampf um eine „Entzionierung Palästinas“ und gegen die „zionistische Hegemonie in Deutschland“. F.O.R. Palestine schreckt auch nicht davor zurück, sich mit Terrorangriffen gegen Israel und seine Bürger zu solidarisieren.

Dieser demonstrativ militanten, antisemitischen Ausrichtung zum Trotz, gibt es keine öffentlichen Distanzierungen aus dem politischen Umfeld der deutschsprachigen Israelboykott-Szene. Im Gegenteil: So fand im Rahmen der alljährlichen „Israeli Apartheid Week“ im März 2016 eine Filmpremiere des in Berlin lebenden israelischen Regisseurs, Dror Dayan, im Kreuzberger Programmkino „Moviemento“ statt, mitorganisiert und energisch beworben durch BDS Berlin. Weder die anti-israelische Ausrichtung des Dokumentarfilms, noch der offensichtlich antisemitische Veranstaltungsrahmen oder die Tatsache, dass Dayan ein federführender Mitstreiter der besagten Gruppe F.O.R. Palestine ist, sorgten für ein Umdenken der Kinobetreiber. Dagegen regte sich Protest in Form einer Kundgebung in Rufweite des Kinos am Tag der Premiere. Die Teilnehmer dieser Protestkundgebung wurden mehrfach aggressiv durch Besucher und Sympathisanten des Films attackiert, welche sich trotz Beginn des Films weiterhin vor der Tür aufhielten. „Ihr sollt alle vergast werden!“ und „Zionisten verpisst euch aus unserem Kiez!“ schallte es unter anderem aus dem Pulk vor dem Lichtspielhaus. Nach Abschluss der Protestveranstaltung wurden die Demonstranten von einzelnen Personen verfolgt und ihnen u.a. „Ab ins Gas!“ zugerufen sowie mehrmals der „Hitlergruß“ gezeigt. Teilnehmer und Veranstalter der Gegenproteste konnten nur unter Polizeischutz den Ort unversehrt verlassen.

Demonstration gegen Pinkwashing

Boykottaktion Berlin, 26.11.2016

Dass Aufrufe zum Boykott gegen den Staat Israel zwangsläufig den Nährboden für antisemitische Ausschreitungen mit sich bringen, wie es an diesem Märztag vor dem Moviemento offenbar wurde, macht einen wesentlichen Faktor des Bedrohnungspotenzials dieser Boykottkampagnen deutlich: Sie schaffen letztlich ein Klima, das antisemitische und zugleich gewaltsame Aktionsformen befördert. Dies steht im eklatanten Widerspruch zu dem eigenen Anspruch der Israelboykotteure, die mantra-artig den friedlichen und gewaltfreien Charakter ihrer Boykottaufrufe hervorheben.

Dass Israelboykotte ebenfalls Zuspruch innerhalb der aktiven neo-nazistischen Bewegung erhalten, war beispielsweise im Sommer 2014 zu Hochzeiten der Massendemonstrationen gegen Israel zu sehen, als die nationalsozialistische Kleinpartei „Der III. Weg“, eine detaillierte Aufforderung zum Boykott Israels auf ihrer Homepage veröffentlichte. Ihren Aufruf zum Israelboykott nannte sie: „Was jeder gegen den zionistischen Völkermord tun kann“. Im August 2016 veranstaltete BDS Berlin am Berliner Alexanderplatz vor dem Einkaufszentrum „Galeria Kaufhof“ erneut eine Aktion mit dem Aufruf den israelischen Hersteller von Trinkwassersprudlern „SodaStream“ zu boykottieren. Mitten unter den knapp 20 Israelboykotteuren befand sich auch ein namhafter Berliner Neo-Nazi. Das Berliner BDS Grüppchen wurde laut Eigenbekunden erst im Nachhinein aufgrund mehrerer Beiträge in sozialen Netzwerken auf diese Gegebenheit aufmerksam. Ihre daraufhin erschienene Stellungnahme verlor erwartungsgemäß kein Wort zu der offenkundigen weltanschaulichen Anschlussfähigkeit zwischen dem Propagieren antisemitischer Boykottaufrufe und Positionen eines bekennenden Nationalsozialisten. Eher ging es in dem Schreiben um die andauernden Störungen und Angriffe „von offen agierenden Unterstützer*innen der israelischen Apartheidpolitik“.

Wird also das spontane Zusammenkommen mit deutschen Neo-Nazis als Versehen ausgegeben, so kann sich die „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) anscheinend einer großen Sympathie seitens der professionellen Israelboykotteure erfreuen. Der zumeist vollkommen unkritische Umgang mit dieser altgedienten palästinensischen Terrororganisation offenbart abermals wessen Geistes Kind die Akteure des Israelboykotts sind. Zur Erinnerung: Die PFLP ist Teil der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO), gegenwärtig drittstärkste Fraktion im Palästinensischen Legislativrat und verantwortlich für Flugzeugentführungen und verheerende Gewalttaten, die bis in die siebziger Jahre zurückreichen. Aktuell wird sie von den USA, Kanada, Israel und der Europäischen Union als Terrororganisation eingestuft. Die PFLP gehört zu den palästinensischen Fraktionen, die sich vehement für einen umfassenden Boykott Israels aussprechen und jegliche Normalisierungsbestrebungen zwischen Israel und der arabischen Staatenwelt kompromisslos ablehnt. Damit befindet sie sich im offenen Gegensatz zur Führung um Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Dieser erklärte mehrmals, so unter anderem Ende 2013 auf einer Dienstreise in Südafrika: *„Nein, wir unterstützen nicht den Boykott*

von Israel [...] Wir haben Beziehungen zu Israel, wir haben eine gegenseitige Anerkennung mit Israel.“ Terroranschläge gegen israelische Bürger werden in PFLP-Presseaussendungen glorifiziert und weitere Anschläge eingefordert, um letztendlich den israelischen Nationalstaat zu zerstören.

Dessen ungeachtet sprachen Mitglieder der Gruppe BDS Berlin und weitere führende Claqueure der deutschsprachigen Israelboykottbewegung auf öffentlichen PFLP-Veranstaltungen in Deutschland und warben dort konkret für ihre Boykottbemühungen. Dass sich auch die palästinensische Botschafterin in Deutschland Khouloud Daibes an diesen Treffen u.a. als Rednerin beteiligt, lässt zumindest die Frage aufkommen, wie Daibes den Boykottaufrufen generell gegenübersteht. Steht sie etwa in Opposition zum palästinensischen Präsidenten, Mahmud Abbas?

Ebenso erfährt die PFLP regelmäßig eine regelrechte „Weißwaschung“ u.a. durch exponierte Mitglieder der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, die beispielsweise durch Beiträge in linksgerichteten Zeitschriften die PFLP verharmlosend als „linksgerichtete Partei“ oder „Widerstandsgruppe“ umdeklarieren.

Dass eine klare, unzweideutige Abgrenzung gegenüber einer Terrororganisation wie der PFLP weiterhin ausbleibt, wird auch einem zentralen Aspekt geschuldet sein, der bei Auseinandersetzungen mit Israelboykotten bisher wenig Beachtung erhält. So werden Boykottaufrufe, insbesondere jene unter dem Label „BDS“, gerne von ihren Befürwortern mit dem wohlklingenden Label Zivilgesellschaft tituliert, was jedoch durch einen Blick auf die Liste der Initiatoren des besagten „Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu BDS“ schnell relativiert sein dürfte. Nicht nur, dass in den Palästinensischen Autonomiegebieten bis heute fundamentale Bedingungen einer liberalen Zivilgesellschaft schlichtweg nicht vorhanden sind, so müssten zudem der damalige Erstunterzeichner des Boykott-Aufrufs aufhorchen lassen: „Council of National and Islamic Forces in Palestine“. Die Gründung dieses „Councils“ wurde bereits kurz nach dem Ausbruch der Zweiten Intifada durch den damaligen Palästinenserpräsidenten Yassir Arafat autorisiert, um gemeinsam effektiver gegen Israel agieren zu können. Dieser „Council“ ist eine Koalition, die beispielsweise aus der Fatah, der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), der islamistischen Terrororganisation Hamas, dem Palästinensischen Islamischen Jihad sowie der PFLP besteht. Soll dies die oft zitierte Zivilgesellschaft sein?

Boykottaktion Berlin, 26.11.2016

Nicht allein führt die Partizipation des „Council of National and Islamic Forces in Palestine“ oder der Palästinensischen Autonomiebehörde nahestehende Gruppierungen die Begrifflichkeit einer „zivilgesellschaftlichen Organisation“ ad absurdum. Des weiteren existiert seit 2007 auch eine institutionalisierte Koordinierungsinstanz der internationalen Boykott-Bewegung, die sich BDS National Committee (BNC) nennt. Dessen konstituierende Sitzung fand bezeichnenderweise in Ramallah statt, wodurch die Bedeutung der Boykottaufrufe gegen Israel als eine „internationale palästinensische Interessenkampagne“ (Zitat von Samuel Salzborn) hervorgehoben wurde. Das BNC richtet alljährliche Strategiekonferenzen aus, auf denen potenzielle Kampagnenziele und Strategien ausgegeben werden, die im Anschluss daran von den jeweiligen Ländergruppen adaptiert und jeweils kontextsensitiv umgesetzt werden sollen. Dabei soll jedoch nie von den drei zentralen Forderungen der Boykottkampagne abgekommen werden: Befreiung allen arabischen Landes, Gewährleistung der vollen Gleichberechtigung der arabisch-palästinensischen Bürger Israels und das Festhalten an dem „Recht der Rückkehr“ aller palästinensischen Flüchtlinge und deren Nachkommen. Diese drei Forderungen sind die sprichwörtliche DNA des Israelboykotts, die teilweise für sich allein genommen bereits die Existenz des Staates Israels fundamental bedrohen.

Im Frühjahr 2015 nahm der Brite Michael Deas, jahrelanger Koordinator des BNC in Europa, als Referent auf einer „BDS-Impulstagung“ in der Bonner Evangelischen Studentengemeinde teil. Dort diskutierten die Teilnehmer, die sich überwiegend aus Personen des kirchen- und linkspolitischen Umfelds der Boykottkampagne zusammensetzten, über Strategien, wie Aufrufe zum Israelboykott mehr Aufmerksamkeit in der deutschsprachigen Öffentlichkeit erlangen können.

Als zentrale, adaptierte Strategie der Boykottaktivisten gelten deren teilweise erfolgreichen Versuche sich aus dem Nahost-Themenfeld zu lösen und neue, weitreichendere Bündnisfähigkeiten zu erzeugen. Insbesondere seit Mitte 2015 wurden Bündnisse mit antirassistischen sowie mit LGBTIQ-Initiativen (steht für Lebians-Gay-Bisexual-Trans-Intersex-Queer) ins Leben gerufen, mit dem Ziel die Forderung nach einem Boykott Israels in anderen sozialen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu verankern. Als Beispiel hierfür sei noch einmal auf das Wirken der Gruppe BDS Berlin verwiesen: BDS Berlin beteiligte sich beispielsweise 2015 mit Veranstaltungen und einem Infostand beim Berliner „Festival gegen Rassismus“. 2016 folgte dann die Partizipation bei der Durchführung des „Karneval der Geflüchteten“ sowie die Teilnahme an der „Revolutionären 1. Mai Demonstration“in Berlin.

Trotz dieser Entwicklungen veranschaulichen verschiedene Gegenaktivitäten im Jahr 2016, dass Legitimisierungsversuche von Israelboykotten erfreulicherweise einem vielfach erfolgreichen Widerstand ausgesetzt waren. So verabschiedete beispielsweise im Sommer 2016 der „Student_innenRat der Universität Leipzig“ (StuRa) einen Beschluss, der „antisemitische Boykott-Kampagnen, wie Boykott, Divestment und Sanctions (BDS) [verurteilt], und [...] sich gegen die Durchführung, Beteiligung und Förderung solcher Kampagnen an der Universität Leipzig [einsetzt]“. Dem vorausgegangen war eine durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Veranstaltung an der Leipziger Universität mit der Londoner Anthropologin und aktiven Boykott-Unterstützerin Lori Allen. Die Veranstaltung diente u.a. dazu Werbung für die Ziele der Boykottkampagne zu machen. Der Leipziger StuRa jedoch hatte die passende Antwort parat: Boykott dem Boykott.

Der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) ließ Ende 2015 verlautbaren, dass es „keine städtische Unterstützung mehr für solche [Israelboykott-] Veranstaltungen“ geben werde. Vorausgegangen war lautstarke Kritik vonseiten der Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, und anderen Vertretern jüdischer Organisationen über die kostenlose Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten durch die Stadt München für eine Israelboykott-Veranstaltung, die von der „Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München“ organisiert wurde. Die Auseinandersetzung gipfelte darin, dass das Simon-Wiesenthal-Center die Stadt München in seine TOP-10-Liste der größten antisemitischen Vorfälle 2015 mitaufnahm. Seither haben Israelboykotteure einen schweren Stand in München. So wurde die Vergabe des frauenpolitischen Preises der Stadt München 2016 an die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ kurzfristig abgesagt, nachdem deren Unterstützung von Israelboykotten offenbar wurde. Knobloch umriss einige Monate später den Kern der Boykottkampagne in einem Zeitungsinterview treffend wie folgt:

„[...] diese Boykottbewegung ist Hass, blanker, kaltherziger Antisemitismus und sonst gar nichts.“

Anders verlief es beispielsweise im niedersächsischen Oldenburg. Dort sorgte ein Bericht für die Mitgliederzeitschrift des Oldenburger Kreisverbands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für eine heftige Debatte, die ein überregionales Echo hervorrief. In dem besagten Artikel bezichtigte der Gesamtschullehrer, Gewerkschafter und BDS-Aktivist, Christoph Glanz, Israel u.a. ethnischer Säuberungen und bewarb dort ausführlich den Israelboykott unter dem Label BDS. Dies führte umgehend zu Protesten u.a. durch die Deutsch-Israelische Gesellschaft Oldenburg, die zu einem Stopp der Veröffentlichung des Beitrags führte. Zugleich entbrannten Flügelkämpfe zwischen Unterstützern und Gegnern eines Israelboykotts innerhalb des Vorstands des Oldenburger Kreisverbands der Bildungsgewerkschaft GEW, was ein Ausbleiben einer eindeutigen Positionierung gegenüber den Boykottaktivitäten des Pädagogen Glanz zur Folge hatte. Im Laufe der Kontroverse distanzierten sich mehrere Mitglieder des Oldenburger Kreisverbandes der GEW, sowie der Landes- und Bundesverband der GEW öffentlich von dem untragbaren Schlingerkurs des Vorstandes des Oldenburger Kreisverbands. Sogar die israelische Botschaft in Deutschland äußerte sich zu der Debatte und schrieb im Bezug auf Glanz berufliche Tätigkeit als Pädagoge: „Der Auftrag eines Lehrers ist es, Schüler zu unterrichten, und nicht, sie aufzuhetzen oder offen mit Gewalt zu sympathisieren.“ Jedoch kam die niedersächsische Landesschulbehörde zu einer anderen Einschätzung und veröffentlichte im November 2016 in Abstimmung mit dem niedersächsischen Kultusministerium die Ergebnisse ihrer Prüfung der bekannt gewordenen Vorwürfe, Glanz unterstütze antisemitisches Gedankengut. Demnach hat „die Prüfung [...] ergeben, dass die gegen die Lehrkraft erhobenen Vorwürfe sich bislang als nicht substantiiert erwiesen haben.“ Dadurch kann Glanz, trotz seines Engagements und öffentlichen Auftretens für antisemitische Boykottaufrufe, vorerst seine Tätigkeit als Gesamtschullehrer weiter ausüben.

Auch mag sich in der eingangs erwähnten Stadt Bremen eine eindeutige Haltung gegen israelfeindliche Boykottaktivitäten seitens der Regierenden nach wie vor nicht einstellen.

Zwar sprachen sich, wie bereits erwähnt, ein Gros der Bremer Parteien bereits 2011 gegen antisemitische Boykottaufrufe aus und auch 2016 verurteilte Bremens neuer SPD-Bürgermeister Carsten Sieling „jede Form von Antisemitismus und Fremdenhass“. Dennoch warben das Bremer Friedensforum und seine Sympathisanten bis mindestens in die zweite Jahreshälfte 2016 in der von der Stadt subventionierten „Villa Ichon“ für Israelboykotte. Dass es auch anders geht, zeigten in schlichter parlamentarischer Manier die Abgeordneten der Bezirksversammlung Hamburg-Eimsbüttel, die im September 2016 einen Antrag der Boykott-Unterstützer des „Deutsch-Palästinensischen Frauenvereins“ auf Sondermittel des Bezirks mit einer großen Mehrheit ablehnten. Eimsbüttel zeigt, wie ein Umgang mit Boykottunterstützern aussehen kann. Bleibt zu hoffen, dass dies kein rühmlicher Einzelfall bleibt.

So ist letzten Endes mit den Worten des Vorsitzenden der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Volker Beck, festzuhalten:

„Die Boykottkampagne ist kein Goliath“ - und dass dies so bleibt, sollte die naturgemäße Aufgabe der deutsch-israelischen Gesellschaft sein.

Boykottaktion Berlin, 29.11.2016

DIE WURZELN DES ARABISCHEN BOYKOTTS GEGEN ISRAEL

VON ULRIKE BECKER

Nach dem Zweiten Weltkrieg beschloss die Arabische Liga einen Boykott gegen die Juden im Mandatsgebiet Palästina und später gegen den neu gegründeten Staat Israel. Formal ist er bis heute gültig. Doch die Wurzeln der Boykottbewegungen reichen historisch bis ins letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhundert zurück. Sie standen immer wieder in Zusammenhang mit gewaltsamen Übergriffen auf Juden. Die Historikerin Ulrike Becker hat für diese Broschüre Daten und Fakten zur Vorgeschichte des arabischen Boykotts gegen Israel zusammengetragen.

Die Ursprünge des arabischen Boykotts gegen Israel gehen weit vor die Gründung des jüdischen Staates zurück. Die ersten Boykotterklärungen gegen Juden in Palästina gab es bereits in den 1890er Jahren. Der palästinensisch-arabische Kongress, das inoffizielle politische Selbstverwaltungsgremium der arabischen Palästinenser, beschloss 1922 erstmals einen quasi-institutionellen Boykott gegen den Jischuw, die jüdische Gemeinschaft in Palästina. Im Zuge der arabischen Aufstände 1929 mündete diese Politik in gewaltsame Übergriffe gegen Juden. Der Boykott und die Gewalt trafen auch diejenigen Araber, die sich ein friedliches Zusammenleben mit den Juden vorstellen konnten und Geschäftsbeziehungen mit ihnen pflegen wollten. Wie rabiat die Boykott-Politik gegen Gegner innerhalb der arabischen Bevölkerung durchgesetzt wurde, dokumentiert ein Zeitungsbericht des Sidney Morning Herald vom 19. Dezember 1929: *„In Jerusalem, Jaffa, Haifa und anderen Städten wird der Boykott in solch einer Strenge eingehalten, dass kein Araber es wagt, ein jüdisches Geschäft zu betreten, es sei denn, er tut es heimlich. Jene, die sich der Anordnung widersetzt haben, trugen die Konsequenzen in Form von Schlägen oder bekamen Dreck und Exkremente über den Kopf gegossen."* [1]

Der Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, zementierte den antisemitischen Charakter der Boykottpolitik, indem er als wichtigster palästinensischer Politiker das Bündnis mit den deutschen Nationalsozialisten suchte, deren radikalen Antisemitismus er teilte. Er war 1925 von den Briten auf den neu eingerichteten Posten des Mufti von Jerusalem gehoben worden, verfügte damit über politische Macht und Geldmittel, stellte sich jedoch alsbald als der radikalste Vertreter der palästinensischen Araber heraus. Kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland sprach er am 31. März 1933 beim deutschen Generalkonsul in Palästina vor und versicherte dem Nazi-Regime seine Zustimmung.

Dabei beklagte er den „schädlichen jüdischen Einfluss" in der Welt und bekräftigte die Bereitschaft aller Mohammedaner, an einem antijüdischen Boykott teilzunehmen.[2] Im April 1936 rief der Mufti einen arabischen Generalstreik gegen die jüdische Einwanderung aus. Diese Politik strahlte in die arabische Welt aus: In Ägypten war dies der Startschuss für eine fanatische Solidaritätskampagne. Die islamistische Muslimbruderschaft, in dieser Zeit auf dem Weg zu einer Massenorganisation, rief zum Boykott jüdischer Geschäfte in Ägypten auf.[3] Im Herbst 1937 forderte eine Resolution bei der vom Mufti initiierten panarabischen Konferenz von Bludan den Boykott von Juden als patriotische arabische Pflicht. Allerdings war der Erfolg begrenzt, denn die wirtschaftliche Realität sah anders aus: de facto waren die arabischen Nachbarstaaten während des zweiten Weltkrieges der Hauptmarkt für jüdische Produkte.[4]

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und mit Nachdruck nach der Staatsgründung Israels 1948 wurde der Boykott des Jischuw zur offiziellen Politik der neu gegründeten Arabischen Liga. „Das Ziel des Boykotts", erklärte 1954 der bekannte ägyptische Rechtswissenschaftler und spätere Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutrous-Ghali, „ist der wirtschaftliche Zusammenbruch des Staates Israel."[5] Gerade in den ersten Jahren nach der Staatsgründung war es für den jungen Staat Israel, der die Integration von Millionen geflüchteter Juden aus Europa und aus arabischen Staaten schultern musste, eine existenzielle Frage, den Boykott unwirksam zu machen oder seine Wirkung zu mildern. Das Luxemburger Abkommen von 1952, das deutsche Entschädigungszahlungen an Israel regelte, war der Arabischen Liga ein Dorn im Auge und ein erstes Ziel arabischer Boykottdrohungen in der Nachkriegszeit. Mit einer Kampagne gegen

1 Walter Klitz & Nicolas Klein-Zirbes: Boykott des Friedens: Die BDS-Bewegung und der Westen, in: Friedrich Naumann Stiftung (Hrsg.): Hintergrund: Israel & Palästinensische Autonomiegebiete, Nr. 61/2015. https://bit.ly/1QWfddS

2 Klaus Gensicke: Der Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, und die Nationalsozialisten, Frankfurt 1998, S. 46.

3 Matthias Küntzel: Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2002, S. 29.

4 Gil Feiler: From Boycott to Economic Cooperation: The Political Economy of the Arab Boycott of Israel. London 1998, S. 21-24, Aaron J. Sarna: Boycott and Blacklist. A History of Arab Warfare against Israel, New Jersey 1986, S. 7.

5 Boutros Boutrous-Ghali: The Arab League: Then Years of Struggle, in: International Conciliation (Mai 1954), p. 421, zit. nach Feiler, Boycott S. 17-18.

die geplanten Entschädigungszahlungen versuchten deutsche Nationalsozialisten das alte antijüdische Bündnis mit dem Mufti von Jerusalem noch einmal zu aktivieren. Ein Protestbrief des Muftis an Kanzler Adenauer wurde im Frühsommer 1952 von einem deutschen Nazi überbracht, der als Stellvertreter des Muftis in der Bundesrepublik auftrat. Eine Delegation der Arabischen Liga unternahm eine Reise in die Bundesrepublik, und versuchte im Bündnis mit Nazi-Kreisen, rechtskonservativen Politikern und interessierten Firmenvertretern politischen Druck auf die Regierung Adenauer auszuüben. Die Kampagne hatte zwar keinen Erfolg, da das Abkommen im Frühjahr 1953 ratifiziert wurde. Historiker sehen jedoch eine mittelfristige Wirkung dieser ersten deutsch-arabischen Delegitimierungskampagne gegen Israel in der Nachkriegszeit. Es gelang den Initiatoren, eine *„Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen aufzuhalten, was zumindest als Teilsieg der arabischen Diplomatie betrachtet werden kann“*, bilanziert der israelische Historiker Yeshayahu Jelinek.[6]

1937 forderte eine Resolution bei der vom Mufti von Jerusalem initiierten panarabischen Konferenz von Bludan den Boykott von Juden als patriotische arabische Pflicht.

Bemerkenswert ist auch ein spezifischer Versuch, dem Boykott des jüdischen Staates wenige Jahre nach der Shoah in der Bundesrepublik und in anderen Ländern Europas Legitimität zu verschaffen. Ahmed Schuqairi, zu dieser Zeit stellvertretender Generalsekretär der Arabischen Liga, machte in einem Gespräch mit einem Vertreter des Auswärtigen Amtes den bemerkenswerten Vorschlag, die Bundesregierung solle sich eine Gruppe von Juden organisieren, die gegen den Israelvertrag protestierten. Eine solche jüdische Organisation aufzubauen, könne zur Not aber auch von Arabern und ihren Freunden übernommen werden. Diese jüdische Gruppe sollte das Argument nutzen, dass Zahlungen an den Staat Israel zu Lasten einzelner Überlebender und ihrer Familien ginge. Die Bundesregierung könne sich dann unter Hinweis auf diese als legitim erscheinenden Proteste von dem Israel-Vertrag lossagen, ohne dass in der Weltöffentlichkeit der Eindruck entstünde, dass sich Deutschland um seine Wiedergutmachungspflicht drücken wollte. Das Führungskomitee der Arabischen Liga versuchte auf diesem Wege, ein heimliches Bündnis mit der Bundesregierung gegen Israel aufzubauen. Bereits in den frühen 1950er Jahren entstand im antiisraelischen Lager die Idee, jüdische Kritiker Israels in die antiisraelische Propaganda einzubeziehen, da diese nicht mit dem Odium des Antisemitismus behaftet waren. Laut Protokoll des Auswärtigen Amtes wurde der Vorschlag als „undiskutabel“ abgelehnt; ein so „hintergründiges Vorgehen“ komme für die Bundesregierung nicht in Frage. Die Arabische Liga verfolgte den Vorschlag aber offenbar dennoch. Kurze Zeit später berichtete die Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland von einer in Zürich gegründeten angeblich jüdischen Organisation, die mit eben diesen Argumenten gegen den Israel-Vertrag Stimmung zu machen versuchte. Ein Dr. Manfred Kirschberg gab sich als Vertreter eines jüdischen Verbandes aus. Vertreter des Auswärtigen Amtes fanden jedoch heraus, dass dieser angebliche Verband in der Bundesrepublik gar nicht bestand. Die Telefonnummer von Dr. Kirschberg war zudem identisch mit der Privatnummer des syrischen Gesandtschaftsrates, Dr. Al-Hamui. Dieser Diplomat war der Vertreter des arabischen Boykottbüros der Arabischen Liga, das von der syrischen Gesandtschaft aus den Boykott gegen Israel organisierte. In dieser Eigenschaft wandte er sich an deutsche Firmen, die an Geschäften in arabischen Ländern interessiert waren und forderte Erklärungen, jetzt und in der Zukunft keine Produkte nach Israel zu exportieren. Dies wurde zur üblichen Praxis. Betroffene Firmen wandten sich immer wieder an die Bundesregierung mit der Bitte um Unterstützung gegen die Boykottforderungen, jedoch zumeist ohne Erfolg.

Aber auch andere europäische Regierungen ließen Israel gegenüber dem arabischen Boykott im Stich. Erst 1977 wurden in den USA Anti-Boykottgesetze verabschiedet, und erst im Juli 1991 forderten die Europäer die arabischen Staaten auf, die Boykott-Politik zu beenden. In Deutschland ist die Abgabe von Boykott-Erklärungen seit 1993 verboten. In der Praxis wird das Verbot jedoch auch heute noch durch die Abgabe von so genannten „Positiverklärungen“ umgangen, die garantieren, dass eine Ware ausschließlich und in allen Teilen aus einem bestimmten Land – und eben

6 Yeshayahu Jelinek: Zwischen Moral und Realpolitik. Deutsch-israelische Beziehungen 1945-1965. Eine Dokumentensammlung, Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, Gerlingen 1997, S. 62.

Der Mufti von Jerusalem & Adolf Hitler

nicht aus Israel – stammt.[7]

Das arabische Boykott-System kennt drei Stufen. Der primäre Boykott verbietet arabischen Staaten und ihren Bürgern Geschäftsbeziehungen zu israelischen Firmen. Seit 1950 wurden Schiffe, die Güter oder Personen nach Israel transportierten, auf einer schwarzen Liste registriert.

Dies war der Beginn des so genannten sekundären Boykotts, der Geschäfte mit Unternehmen unter Strafe stellte, die mit Israel handelten. Der tertiäre Boykott richtet sich gegen Unternehmen, die in engem Kontakt mit Firmen stehen, die mit Israel handeln. Diverse große internationale Konzerne waren vom arabischen Boykott betroffen, und viele gaben dem Boykott nach, darunter die französische Luftfahrtgesellschaft Air France oder der deutsche AEG Konzern. In den 1970er Jahren standen 14 Banken auf der Boykottliste, darunter die deutsche Bank für Gemeinwirtschaft.

Der Höhepunkt des Boykottes war die Ölkrise 1973. Aber auch der Libanon-Krieg 1982 gab dem Boykott neuen Schwung. Zu dieser Zeit begannen einige westliche Firmen Israel ohne Aufforderung von arabischer Seite zu boykottieren. Von 1979 an, beginnend mit dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel, beendeten einige arabische Länder den Boykott gegen Israel ganz oder teilweise. Im Libanon und in Syrien gelten jedoch noch alle drei Stufen, und die Boykottbestimmungen der Arabischen Liga sind bis heute formal in Kraft.

7 http://www.hannover.ihk.de/fileadmin/data/Dokumente/Themen/International/Ein-_und_Ausfuhrbestimmungen/Dossier_IHK_Region_Stuttgart_Restriktionen_Israel.pdf

BRITISCHE UND AMERIKANISCHE UNIVERSITÄTEN ALS HOCHBURGEN DER BDS-BEWEGUNG

VON ALEX FEUERHERDT

An Hochschulen im Vereinigten Königreich und den USA ist ein Klima der Angst und der Einschüchterung durch BDS entstanden. Die akademische Freiheit ist bedroht. Wie erfolgreich dort BDS tatsächlich ist, erklärt der folgende Beitrag.

Eigentlich wollten rund 25 Studentinnen und Studenten der University College London (UCL) an ihrer Hochschule in Ruhe einen Vortrag des israelischen Gastredners Hen Mazzig über dessen humanitäre Arbeit im Westjordanland hören, wo er dabei behilflich ist, medizinische Einrichtungen, Schulen und Straßen zu bauen. Doch rund 100 Demonstranten, viele von ihnen in der BDS-Bewegung aktiv, hatten etwas dagegen. Sie versammelten sich vor dem abgeschlossenen Raum, schlugen gegen Fenster und Türen und riefen immer wieder Parolen wie „From the river to the sea, Palestine will be free" und „Free, free Palestine". Einige versuchten, sich über ein Fenster Zugang zum Veranstaltungsraum zu verschaffen, und hatten damit schließlich Erfolg. Die Polizisten, die herbeigerufen worden waren, schafften es nicht, die antiisraelischen Demonstranten daran zu hindern, mit Gewalt auf die Teilnehmer des Vortrags loszugehen, von denen einige verletzt wurden. Am Ende entfernte die Polizei nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen aus dem Universitätsgebäude. Diese mussten dabei durch eine lange Gasse von hasserfüllten Menschen gehen, die auf sie einbrüllten. Auf Twitter schrieb Hen Mazzig, ein früherer Kommandeur der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, später: „Der Campus war eine Kriegszone."

Was sich Ende Oktober 2016 in London zutrug, ist symptomatisch für britische Hochschulen. Denn nicht wenige von ihnen sind regelrechte Hochburgen der BDS-Bewegung, die jede Form von Dialog und Zusammenarbeit mit Israelis und israelischen Institutionen, die ihre Ziele nicht ausdrücklich teilen, rundweg ablehnt. Wenn israelische Wissenschaftler oder andere Redner aus dem jüdischen Staat an Universitäten im Vereinigten Königreich sprechen, müssen sie befürchten, attackiert zu werden – verbal wie physisch. Nicht nur Mazzig ging das so, sondern beispielsweise auch Ami Ayalon, der im Januar 2016 im King's College London die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern erörtern wollte. Von gewalttätigen Studenten, die mit Stühlen warfen, Ayalon niederschrien und den Feueralarm auslösten, wurde er jedoch daran gehindert.

Dazu passt es, dass die National Union of Students, der Dachverband von rund 600 britischen Studentenschaften, im April 2016 Malia Bouattia zur neuen Vorsitzenden wählte. Bouattia ist eine BDS-Aktivistin, die den palästinensischen Terror gegen Israel unverblümt als „legitimen Widerstand" bezeichnet und es ausdrücklich begrüßen würde, wenn studentische Aktivisten in Großbritannien Anweisungen von bewaffneten palästinensischen Gruppierungen erhielten und ausführten. Die britischen Medien und die Universität in Birmingham, wo sie studiert, hält sie für „zionistisch geführt". Der gewaltsame „Widerstand" gegen den jüdischen Staat ist für Bouattia das Maß aller Dinge, die Boykottkampagnen gegen ihn sieht sie als Begleitprogramm dazu. Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern lehnt sie ab, weil sie in ihren Augen lediglich geeignet sind, „das koloniale Projekt" – gemeint ist der jüdische Staat – „zu stärken". Vom „Islamischen Staat" möchte sie sich nicht distanzieren, denn das sei eine Form von „Islamophobie". So spricht die Chefin der größten und wichtigsten studentischen Organisation auf der Insel.

Großbritannien: Akademikergewerkschaft als treibende Kraft beim Thema BDS

Die Basis der BDS-Bewegung an britischen Universitäten bilden jedoch nicht nur die Studierenden, sondern auch und gerade die Professoren, die Dozenten und die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Deren wichtigste Gewerkschaften – lange Zeit waren das die Association of University Teachers (AUT) und die National Association of Teachers in Further and Higher Education (NATFHE), bevor sie sich 2006 zur University and College Union (UCU) vereinigten – riefen bereits in den Jahren 2005 respektive 2006 zu antiisraelischen Boykottmaßnahmen auf: Die AUT beschloss, nicht mehr mit der Universität Haifa und der Bar-Ilan-Universität zu kooperieren, weil diese kritische Dozenten gemaßregelt hätten beziehungsweise „direkt in die Besatzung palästinensischer Gebiete involviert" seien. Erst nach heftigen Protesten zog die Gewerkschaft ihre Entscheidung wieder zurück. Die NATFHE verabschiedete gar eine Resolution, in der ein Boykott sämtlicher israelischer Akademiker, die sich nicht ausdrücklich gegen die israelische Regierung aussprechen, gefordert wurde.

Die UCU wiederum – die größte Akademikergewerkschaft der Welt – rief das Lehrpersonal an britischen Hochschulen im Mai 2007 dazu auf, „die moralischen Implikationen von bestehenden und vorgesehenen Verbindungen zu akademischen Einrichtungen in Israel zu bedenken" – ein kaum verhohlener Boykottaufruf. Zwei Jahre später wurde auf der Jahresversammlung der UCU mit großer Mehrheit ein

Boykott-Unterstützer finden sich auch in der britischen Labour-Partei

Beschluss angenommen, der gänzlich unverblümt ein Ende jeglicher Kooperation mit israelischen Akademikern und akademischen Einrichtungen im jüdischen Staat forderte. Zahlreiche Delegierte bezeichneten israelische Wissenschaftler als „Komplizen" der israelischen Regierung. Auf Anraten von Anwälten der Gewerkschaft erklärte man die Resolution jedoch schließlich für unwirksam – nicht wegen einer plötzlichen Einsicht, sondern weil man juristische Konsequenzen befürchtete. Im Jahr 2010 stimmte die UCU auf ihrer Hauptversammlung für einen Abbruch ihrer Beziehungen mit der Histadrut, dem Dachverband der Gewerkschaften Israels, weil dieser im Januar 2009 den „israelischen Angriff auf Zivilisten in Gaza" unterstützt habe und daher den Namen einer Gewerkschaftsorganisation nicht verdiene.

Außerdem beschloss die Organisation, sich aktiv an der BDS-Kampagne zu beteiligen, und bezog sich dabei zustimmend auf einen Aufruf des „Palästinensischen Nationalkomitees für einen Boykott" zur „Isolation Israels". Im Jahr darauf wurde erneut entschieden, einen akademischen und kulturellen Boykott Israels zu unterstützen. Diesmal gab es auch keine juristischen Bedenken mehr. Ein- und Widersprüche – auch organisationsinterne – gegen die Vorschläge und Beschlüsse der UCU, Israel zu boykottieren und die BDS-Bewegung zu unterstützen, sind zwar regelmäßig zu vernehmen. Doch diejenigen Mitglieder, die sich kritisch oder ablehnend zu israelfeindlichen Maßnahmen äußern, befinden sich in der Minderheit und werden immer wieder scharf angegangen, bedrängt und unter Druck gesetzt. Nicht wenige sind längst frustriert aus der Gewerkschaft ausgetreten.

Im Jahr 2011 entschied die UCU schließlich auch noch, die Arbeitsdefinition zum Antisemitismus zurückzuweisen, die von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) formuliert worden war und in die auch der israelbezogene Antisemitismus einbezogen ist. Die Ablehnung der Definition war letztlich nur folgerichtig, denn antiisraelische Boykottaktivitäten sind nach dieser Begriffsbestimmung unzweifelhaft antisemitisch. Auf diesen Schritt der UCU reagierten das Board of Deputies of British Jews – die bedeutendste Repräsentanz der britischen Juden –, der jüdische Community Security Trust und das Jewish Leadership Council, ein Dachverband jüdischer Organisationen in Großbritannien, mit einer bemerkenswerten Erklärung, in der es unter anderem hieß: *„In all den Jahren, in denen sie diskriminierende Boykotte unterstützt und den Rückzug von Dutzenden jüdischen Mitgliedern ignoriert hat, hat die UCU die Warnungen vor Antisemitismus in ihren Reihen nie ernst genommen. Nun, in einer finalen Beleidigung ihrer jüdischen Mitglieder und einem Akt des Zynismus, hat die UCU den Antisemitismus einfach so umdefiniert, dass ihre eigenen tief verwurzelten Probleme und Ressentiments damit nichts mehr zu tun haben."*

An vielen britischen und amerikanischen Hochschulen trifft die Boykott-Bewegung gegen Israel auf große Zustimmung.

USA: „Safe spaces" nicht für jüdische Studentinnen und Studenten

Doch nicht nur an britischen, sondern auch an amerikanischen Hochschulen ist die BDS-Bewegung in besonderem Maße aktiv. Regelmäßig organisiert sie dort beispielsweise eine „Israeli Apartheid Week“, in deren Rahmen Veranstaltungen und Demonstrationen stattfinden, auf denen der jüdische Staat bezichtigt wird, ein „Apartheidregime“ zu sein und schwerste Menschenrechtsverletzungen zum Nachteil der Palästinenser zu begehen. Derartige Manifestationen fanden in den vergangenen Jahren unter anderem an Universitäten in Boston, Cambridge, Chicago, Delaware, Massachusetts, New York, Philadelphia, Seattle und Washington D.C. statt. Zahlreiche Studentenschaften oder ihre Parlamente haben außerdem Resolutionen für eine Unterstützung von BDS verabschiedet. Überdies werden immer wieder Vorträge israelischer Wissenschaftler und Gastredner massiv gestört, etwa durch permanente Zwischenrufe, durch das Skandieren von Parolen, durch ein regelrechtes Niederbrüllen. So etwa bei einer Veranstaltung mit dem damaligen israelischen Botschafter in den USA, Michael B. Oren, an der Universität in Irvine im Februar 2010. Oder bei einer Podiumsdiskussion mit zwei israelischen Soldaten an der Universität in Davis im Februar 2012. Oder bei einem Vortrag, den George Deek, ein christlicher arabisch-israelischer Diplomat aus Jaffa, im März 2016 an derselben Hochschule zu halten versuchte.

Viele jüdische Studentinnen und Studenten in den USA berichten von einem Klima der Angst und der Einschüchterung an ihren Universitäten, das von BDS-Aktivisten und anderen israelfeindlichen Studierenden erzeugt werde. Die „safe spaces“ – also die „Schutzräume“ vor Diskriminierungen –, die linke Studierende für Minderheiten einfordern, gelten nicht für sie. Denn während palästinensische Studentinnen und Studenten zu den schutzwürdigen Opfern gezählt werden, sehen sich ihre jüdischen Kommilitoninnen und Kommilitonen oftmals dem Vorwurf ausgesetzt, zu den „Weißen“ zu gehören und „Kollaborateure“ oder „Komplizen des Zionismus“ zu sein. Arielle Mokhtarzadeh beispielsweise, eine aus dem Iran stammende Jüdin, und ihr Freund Ben Rosenberg berichteten dem Tower Magazine, die an der Universität von Berkeley regelmäßig stattfindende Students of Color Conference sei im November 2015 in eine Manifestation des Hasses gegen Israel und des Antisemitismus ausgeartet. *„So wurde dort zum Beispiel behauptet, Israel vergifte das Trinkwasser im Westjordanland“*, erzählte Rosenberg, und Mokhtarzadeh ergänzte: *„Die Ermordung der Juden wurde gerechtfertigt, gleichzeitig wurde der Holocaust geleugnet. Dass Juden ein Recht haben, in Israel zu leben, wurde in Abrede gestellt, und die BDS-Bewegung, deren Ziel die Zerstörung des jüdischen Staates ist, wurde glorifiziert.“* Als sie versucht habe zu protestieren, hätten fast alle Teilnehmer in die Parole *„Free, free Palestine“* eingestimmt.

Campus der Berkeley-Universität

Ihr und Rosenberg sei schließlich nichts anderes übrig geblieben, als die feindselige Konferenz zu verlassen.

Wie stark die BDS-Bewegung an amerikanischen Universitäten verankert ist, zeigt auch der Beschluss der bedeutenden American Studies Association (ASA), die im Dezember 2013 bei einer Abstimmung unter ihren Mitgliedern mit einer Zweidrittelmehrheit für einen Boykott israelischer Universitäten und akademischer Einrichtungen im jüdischen Staat votierte. Es war das erste Mal seit ihrer Gründung im Jahr 1951, dass die ASA einen Boykottaufruf gegen ein Land formulierte. Die Entscheidung schlug hohe Wellen: Auf der einen Seite verzeichnete die Vereinigung zahlreiche Neumitgliedschaften, auf der anderen Seite gingen viele renommierte Mitglieder auf Distanz. Einige von ihnen haben inzwischen bei Gericht eine Klage eingereicht, weil sie die Rechtmäßigkeit des Boykottbeschlusses anzweifeln. Darüber hinaus haben

mittlerweile über 250 amerikanische Hochschulen und Akademikerorganisationen in Stellungnahmen deutlich gemacht, dass sie sowohl den Beschluss der ASA als auch ganz grundsätzlich einen Boykott Israels ablehnen. Der Präsident der Washington University in St. Louis etwa sagte: *„Wir sind fest davon überzeugt, dass ein Boykott akademischer Institutionen die akademische Freiheit verletzt, die eine der fundamentalen Prinzipien nicht nur unserer Universität, sondern überhaupt des amerikanischen Hochschulwesens ist.“* Der Präsident der Universität Maryland erklärte: *„Der Effekt dieses Beschlusses – wenn nicht sogar seine Intention – ist antisemitisch.“*

An vielen britischen und amerikanischen Hochschulen trifft die BDS-Bewegung also auf große Zustimmung, sowohl bei Studentinnen und Studenten als auch beim akademischen Personal. Weit verbreitet ist – insbesondere unter den Linken – die Ansicht, dass die Palästinenser zu den Unterdrückten, den „People of Colour“ gehören und die Israelis zu den Unterdrückern, den Aggressoren. Jegliche Kooperation, ja, jeglicher Dialog mit sämtlichen in Israel tätigen Wissenschaftlern soll unterbunden, behindert, sabotiert werden. Jüdische Studierende und jüdische Wissenschaftler, die nicht Partei gegen Israel ergreifen, werden als „Kollaborateure“ und „Komplizen“ denunziert, ausgegrenzt, eingeschüchtert und teilweise sogar physisch attackiert. Dass auf diese Weise Individuen unter ein Kollektiv subsummiert, also in Kollektivhaftung genommen und nicht nach ihrem Tun, sondern nach ihrer Herkunft beurteilt werden, wird nicht gesehen. Der antisemitische Charakter der Boykottkampagnen wird somit negiert. Folgerichtig wird der antijüdische palästinensische Terror als „Widerstand“ verharmlost, teilweise sogar verherrlicht. Es liegt zudem auf der Hand, dass die Aktivitäten der BDS-Bewegung an den Universitäten auch ein schwerer Angriff auf die akademische Freiheit und die Freiheit der Rede sind – auf Prinzipien also, die man im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten eigentlich besonders wertschätzt.

Aktivitäten der BDS-Bewegung an Universitäten in den USA und UK sind ein schwerer Angriff auf die akademische Freiheit

INSTRUMENTALISIERT DIE EU DEN VERBRAUCHERSCHUTZ GEGEN ISRAEL?

VON NORMAN NATHAN GELBART UND DR. EVA GHAZARI-ARNDT

Die Europäische Union gibt Ende 2015 Verbraucherschutzhinweise und ein Berliner Kaufhaus nimmt plötzlich alle Weine aus Israel und den sog. besetzten Gebieten aus dem Regal, muss dies aber nach Protesten wieder rückgängig machen. Zwei Rechtsanwälte erklären, ob der Arm von BDS bis nach Brüssel reicht und warum Hersteller und Importeure weiter gelassen mit „Made in Israel" kennzeichnen sollten, anstatt unnütze EU-Hinweise zu beachten.

Im November 2015 sorgte eine Nachricht aus Brüssel für große Verwirrung und zu voreiligen Reaktionen bei Kaufhäusern wie z.B. dem Berliner „KaDeWe". Was war passiert: Die EU-Kommission hatte sich auf Nachfrage von 16 EU-Außenministern dem Thema Verbraucherschutz bei Lebensmitteln aus den von Israel 1967 besetzten Gebieten gewidmet. Hintergrund waren offenbar Interventionen verschiedener Gruppen aus der Israelboykottbewegung „BDS". Am 11. November hatte die Europäische Kommission einen Hinweis zu Auslegungsfragen über die Angabe des Ursprungs von Waren aus israelischen Siedlungen veröffentlicht und Vorschläge zur Kennzeichnung von Produkten aus diesen Gebieten unterbreitet. Ausdrücke wie etwa „Produkte aus dem Westjordanland (israelische Siedlung)", „Produkt aus den Golanhöhen (israelische Siedlung)" oder „Produkt aus Palästina" sollen im Sinne der EU-Kommission bei der Kennzeichnung verwendet werden [C (2015) 7834, S. 4].

Dieser ausdrücklich als solcher bezeichnete „Hinweis" ist entgegen der Ansicht vieler voreiliger Kritiker keine neue Rechtsverordnung der EU, sondern lediglich die Brüsseler Interpretation der gegenwärtigen, bereits bestehenden Rechtslage innerhalb der Europäischen Union. Im Jahr 2008 hatte die Europäische Kommission für die Mitgliedstaaten der EU bereits eine Verordnung zur Information der Verbraucher über Lebensmittel vorgeschlagen, um zum einen die Entwicklungen auf dem Lebensmittelmarkt, aber auch die veränderten Erwartungen der Verbraucher abzubilden und die entsprechenden Regelungen zu aktualisieren.

Der ausschlaggebende Punkt war aber die Einschätzung der Kommission, dass die Verbraucher immer mehr und bessere Informationen auf der Etikettierung der Produkte sowie klare, einfache, umfassende, standardisierte und zuverlässige Produktinformationen wollten [KOM (2008) 40, S. 5]. Daher beschloss das Europäische Parlament im Oktober 2011 die sogenannte Lebensmittel-Informationsverordnung (LMIV) [VO (EU) Nr. 1169/2011], die seit Dezember 2014 unmittelbar und verbindlich in allen Mitgliedstaaten der EU gilt. Seit dem ist bei bestimmten Produkten wie Lebensmittel und Kosmetika das Ursprungsland bzw. der Herkunftsort auf dem Produkt durch den Hersteller und/oder Importeur anzugeben. Grundsätzlich eine sinnvolle Regelung, denn der kritische Verbraucher soll wissen, wessen Staates behördliche Verantwortlichkeit das von ihm zu erwerbende Produkt durchlaufen hat. Er soll diesbezüglich nicht irregeführt werden.

Auch bei der zollfreien Einfuhr von Waren werden bestimmte Kriterien aufgestellt: Produkte aus den sog. israelisch besetzten Gebieten (alle in die EU einzuführenden Produkte haben einen sog. Zollbarcode mit einer Landeskennziffer) unterliegen nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahre 2010 nicht den Privilegien der zollfreien Einfuhr von Gütern entsprechend dem EU-Freihandelsabkommen mit Israel, das im Jahr 2000 abgeschlossen wurde. Der Grund ist: da auch nach israelischer Sichtweise zumindest Teile der Westbank (im Gegensatz zum ehemals jordanisch besetzten Ostteil Jerusalems und den Golanhöhen) nicht zum Staatsgebiet Israels gehören, ist dies eine Regelung, mit der Israel leben kann und muss. Der erwähnte Barcode stellt also ohnehin sicher, dass Produkte aus den Gebieten keine zollfreie Einfuhr genießen. Die darüber hinaus gehenden neuen EU-Vorschläge zur Kennzeichnung von Produkten aus diesen Gebieten geben vor, dem Verbraucherschutz zu dienen.

Doch beim Verbraucherschutz geht es nicht um finanzielle Vorteile wie z.B. zollfreie Einfuhr. Es geht schlicht um eine transparente Information des Verbrauchers , aber nicht um den völkerrechtlichen Status von Staatsgebieten – auch wenn die Europäische Union die israelische Souveränität über die Golanhöhen, den Gazastreifen und das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem nicht anerkennt. Nicht umsonst liest man beispielsweise im Erwägungsgrund Nr. 37 der LMIV, dass es angezeigt wäre, bei der Kennzeichnung von Produkten auf die Bezeichnung Salz anstelle der (im Alltag weniger gebräuchliche) Nährstoffbezeichnung Natrium zurückzugreifen, eine typische, den Verbraucher schützende Auslegung.

Wenn also auf Produkten von beispielsweise „AHAVA" neben dem korrekten Zollbarcode auch weiterhin „made in Israel" zu lesen ist, dann ist das aus Sicht der Verfasser vollkommen richtig sowie auch aus verbraucherschutzrechtlicher Sicht keineswegs zu

Nach Protesten nahm das Berliner Kaufhaus KaDeWe israelische Weine wieder ins Sortiment

beanstanden. Denn es ist nun einmal die israelische Industrieaufsicht, welche für die Qualität dieses Produktes verantwortlich zeichnet. Die palästinensische Autonomiebehörde unterhält, soweit ersichtlich, keine Abteilung für Verbraucherschutz und Qualitätskontrolle, eine solche wäre im Übrigen auch nicht für aus Zone B oder C stammende Produkte zuständig. Die Palästinenser betrachten zudem israelische Industriebetriebe innerhalb der Autonomiegebiete ohnehin als „illegale Siedlungen“, auch wenn sich dort kein einziger Mensch zu Wohnzwecken aufhält. Es sind im Übrigen vor allem Palästinenser, die von der Produktion der dort hergestellten Waren profitieren, weil die Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitnehmer zu denselben Bedingungen wie israelische Beschäftigte und nach israelischen Vergütungsrichtlinien bezahlen. Entsprechendes gilt für den Golan und die dort hergestellten Weine. Wer also, wenn nicht Israel kontrolliert diese Produkte? Herr Assad vielleicht? Definitiv nicht.

Dennoch meinte die EU, hierzu eine, wenn auch nicht verbindliche Empfehlung aussprechen zu müssen, deren Inhalt man sich anhand des nachfolgenden Beispiels einmal auf der Zunge zergehen lassen muss:

Der israelische Dattelbauer aus dem Jordantal soll auf seine Datteln den Vermerk „Produkte aus dem Westjordanland (israelische Siedlung) anbringen. Sein palästinensischer Nachbar hingegen, dessen Dattelfarm ebenfalls im Jordantal und damit in der Westbank liegt, soll hingegen auf seinem Etikett „Produkt aus Palästina“ anbringen dürfen. Dies, obgleich das israelisch produzierte Produkt der israelischen Lebensmittelaufsicht unterliegt, während das palästinensische Produkt völkerrechtlich aus demselben Gebiet stammt und im Zweifel keiner Verbraucherschutzbehörde unterliegt.

Dies ist mehr als nur bürokratischer Unsinn, es ist ein ganz klares politisches Signal, das mit Verbraucherschutz so viel zu tun hat wie Dattelsirup mit Motoröl: nämlich gar nichts. Hinter vorgehaltenem Mund machen einige EU-Bürokraten auch gar keinen Hehl daraus, dass die Empfehlung der EU-Kommission zur Anwendung der EU-Verbraucherschutzrichtlinie nichts anderes ist als eine Abstrafung Israels, ein Bekenntnis der EU zu einem PLO-Staat in den Grenzen vor dem Sechstagekrieg einschließlich Ostjerusalems ohne jegliche Gegenleistungen oder Sicherheitsgarantien. Quasi ein Palästinenserstaat durch die Hintertür des Verbraucherschutzes.

Israel-Boykottierer beruft sich auf die EU

Es wird also lediglich unterschieden, welche Ethnie der Hersteller hat, nicht aber aus welchem Gebiet das Produkt stammt. Der jüdische Dattelbauer wird so zu einem „Siedler“, obgleich sich sein Betrieb nicht in einer solchen befindet und dessen Aufenthalt und der seiner Produktionsstätte vollkommen den Interimsverträgen mit der PLO (Oslo I/II) entsprechen. Der palästinensische Dattelbauer hingegen stellt ein „palästinensisches“ Produkt her. Damit sorgt der Hinweis aus Brüssel nicht für eine verbraucherschützende Klarstellung, sondern für eine politische Irreführung, indem er die Existenz eines rechtlich nicht existenten Staates oder gar einer zuständigen, staatlichen palästinensischen Lebensmittelaufsicht suggeriert. Daran ändert auch der Hinweis im Hinweis selbst nichts, wonach die Kommission dort klarstellt, durch die aus ihrer Sicht gebotenen Kennzeichnungen keine Anerkennung eines palästinensischen Staates verbunden sein soll. Denn der Endverbraucher sieht nur die Kennzeichnung auf dem Produkt.

Wer diesen Unsinn also nicht mitmachen will, hat zumindest nicht die allerschlechtesten Argumente.

Es bleibt zudem bei der Unverbindlichkeit dieser Empfehlung, so dass der Gehorsam einiger Kaufhäuser, die israelische Produkte schlichtweg ganz aus den Regalen genommen haben, und zwar unabhängig ob aus Israel vor oder nach 1967, voreilig und verfrüht war. Und genau das bezweckten die EU-Bürokraten und vor allem einige ständig nachfragende, offensichtlich durch BDS-Aktivisten beeinflusste EU-Staaten. Wenn also Hersteller oder Importeure auf Produkten aus den 1967 durch Israel besetzten Gebieten weiterhin „made in Israel“ stehen lassen, so ist dies aus verbraucherschutzrechtlicher Hinsicht – und nur darum geht es bei der zugrunde liegenden Verordnung – nicht zu beanstanden. Entscheiden kann das in einem möglichen Bußgeldverfahren lediglich der Europäische Gerichtshof. Ob dieser analog zu seiner Zollentscheidung – Produkte aus den Gebieten sind ausgenommen von der Zollfreiheit – entscheiden wird, dürfte offen bleiben. Es handelt sich, wie oben ausgeführt wurde. bei dem EU-Hinweis vom November 2015 lediglich um Vorschläge zur Kennzeichnung von Produkten.

DIE AUTOREN

Ulrike Becker ist Historikerin und arbeitet für das Mideast Freedom Forum Berlin, deren Gründungs- und Vorstandsmitglied sie ist. Sie promoviert zu den westdeutsch-ägyptischen Beziehungen der Nachkriegszeit im Spannungsfeld von Neuanfang und nationalsozialistischer Kontinuität und ist Autorin einer Studie zum Israelbild in den deutschen Medien 1967 und 2000-2002. 1997 war sie Mitautorin des Buches „Goldhagen und die deutsche Linke".

Alex Feuerherdt ist freier Publizist und lebt in Köln. Er schreibt regelmäßig für verschiedene Zeitschriften und Online-Medien zu den Schwerpunkten Antisemitismus, Israel, Nahost, Islamismus und Fußball, unter anderem für die Jüdische Allgemeine, die Jungle World, n-tv.de, Audiatur Online und die Medienbeobachtungsstelle Naher Osten in Wien. Außerdem ist er Betreiber des Blogs Lizas Welt.

Norman Nathan Gelbart ist Rechtsanwalt in Berlin und ist zusätzlich bei der Israelischen Anwaltskammer zugelassen.

Dr. Eva Ghazari-Arndt, Rechtsanwältin im Bereich des Privatrechts in Hessen und Lehrbeauftragte an der International University of Applied Sciences Bad Honnef.

Sebastian Mohr ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet im Bereich der Antisemitismusprävention beim Internationalen Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA) und engagiert sich im Projekt „Watch: Antisemitism in Europe".

Michael Spaney ist Executive Director des Mideast Freedom Forum Berlin (MFFB). Das MFFB ist eine Politik- und Medienberatungsorganisation, in der politischen Bildungsarbeit tätig und befasst sich mit deutscher und europäischer Außenpolitik den Mittleren Osten und Nordafrika betreffend. Spaney, von Beruf TV-Journalist, ist im Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Potsdam und Mitglied bei Scholars for Peace in the Middle East (SPME). Spaney beschäftigt sich insbesondere mit israelbezogenen Themen, mit Iran und Syrien. Er ist Autor von „Siemens, Linde & Co." zum deutsch-iranischen Handel in Grigat/Hartmann: Iran im Weltsystem, Studienverlag, Wien 2010.

BILDNACHWEISE

Titel: © privat

Seite 4: © privat

Seite 7: © Katia Vásquez Pacheco

Seite 8: © privat

Seite 10: © Katia Vásquez Pacheco

Seite 11: © privat

Seite 13: © privat

Seite 14: © Katia Vásquez Pacheco

Seite 15: © Katia Vásquez Pacheco

Seite 17: © Katia Vásquez Pacheco

Seite 20: © Bundesarchiv

Seite 22: © privat

Seite 23: © privat

Seite 24: © privat

Seite 27: © privat

Seite 28: © Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)